GKV muss im Einzelfall auch unkonventionelle Heilmethoden zahlen

Abkehr von der evidenzbasierten Medizin?

VON L. GRELL

Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2005 müssen die gesetzlichen Krankenkassen unter Umständen auch für „Außenseitermethoden“ aufkommen. Ist das Ende einer rational begründeten Medizin erreicht?

— Am 6.12.2005 hat das Bundesverfassungsgericht einen Beschluss gefasst, der regelt, für welche Behandlung die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) leisten muss (s. Kasten). Dieser Beschluss wurde in den Medien teilweise dahin gehend interpretiert, dass die GKV nun auch regelhaft für „Außenseitermethoden“ aufkommen müsse. Im konkreten Fall ging es um einen Patienten mit Duchenne-Muskeldystrophie, dessen Eltern die Kostenersatzung einer Behandlung mit Bioresonanztherapie, zytoplasmatischen Mitteln, Homöopathika und Thymus als „immunbiologische Behandlung“ anstrebten.

Ärztliche Gutachter in der GKV sehen sich zurzeit vermehrt mit Leistungsanfragen zu unkonventionellen Heilmethoden konfrontiert, die auf diesen Beschluss Bezug nehmen. Dabei stellt sich die Frage, ob dieses Urteil in Deutschland – anders als in unseren europäischen Nachbarländern – unter dem Terminus „eine nicht ganz entfernt liegende Aussicht auf Heilung oder ... positive Einwirkung“ eine Abkehr von einer heute üblichen, methodischen Standards entsprechenden

► **Morbus Duchenne:**
Muss die GKV jetzt jede
Scharlatanerie zahlen?

Foto: Arteria photography

Bewertung von Therapieverfahren mit dem Instrumentarium der evidenzbasierten Medizin nach Sackett darstellt.

Für Ärzte sind juristische Texte oft schwer nachvollziehbar. Die Umsetzung in ärztliches Handeln ist schwierig, da sich Sprache und Herangehensweise häufig nicht decken.

Eine erste Beschäftigung mit dem Beschluss aus medizinischer und sozialmedizinischer Sicht legt folgende Interpretationen für den Leitsatz des Beschlusses nahe:

- Es geht um ärztliche Behandlung und nicht um Fertigarzneimittel.
- Es kommen nur Erkrankungen infrage, für die mit vertragsärztlichen Behandlungsmethoden keine Heilung oder Progressionsverzögerung erreicht werden kann.

— Vage Aussicht statt Evidenz? **Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts**

„Es ist mit den Grundrechten aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip und aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG nicht vereinbar, einen gesetzlich Krankenversicherten, für dessen lebensbedrohliche oder regelmäßig tödliche Erkrankung eine allgemein anerkannte, medizinischem Standard entsprechende Behandlung nicht zur Verfügung steht, von der Leistung einer von ihm gewählten, ärztlich angewandten Behandlungsmethode auszuschließen, wenn eine nicht ganz entfernt liegende Aussicht auf Heilung oder auf eine spürbare positive Einwirkung auf den Krankheitsverlauf besteht.“

Dr. med. Lili Grell

Fachreferat Arzneimittel/Neue und unkonventionelle Heilmethoden,
MDK Westfalen-Lippe

- Symptomatisch wirkende Methoden sind von der Ausnahmeregelung explizit ausgeschlossen.
- Nach wie vor sind wissenschaftliche Belege der Wirksamkeit, wie sie heutigen internationalen methodischen Standards entsprechen, neben der individuellen Bewertung maßgeblich.

Heißt es bald „anything goes“?

Zu begrüßen ist, dass bei schweren Erkrankungen auch der Einzelfall geprüft wird und nicht grundsätzlich auf das Regelwerk verwiesen wird. Dies ermöglicht auch, dem Versicherten aktuelle Forschungserkenntnisse frühzeitig zukommen zu lassen.

Es ist durchaus möglich, Elemente einer evidenzbasierten Medizin in dem Beschluss wiederzufinden, wobei letztlich abzuwarten bleibt, ob die weitere konkretisierende Rechtsprechung dies auch so auffasst oder ob in Deutschland der international isolierte Weg eines „anything goes“ beschritten wird.

Literatur siehe Langfassung*

Anschrift der Verfasserin:

Dr. med. Lili Grell
MDK Westfalen-Lippe
Nordstr. 27, D-33102 Paderborn
E-Mail: lgrell@mdk-wl.de

*Originalienergänzungsband der MMW Nr. III/2006 oder <http://www.mmw.de>